

V E R T R A U L I C H

Internationaler Zivildienst
-Deutscher Zweig des SCI-**SCI – ARBEITSLAGER IN DER DDR**

Eine Stellungnahme von Bertram Schröter, 1. Vorsitzender des deutschen Zweiges

Nachdem in diesem Sommer ein erstes SCI - Arbeitslager in der DDR stattgefunden hat, ist vom Internationalen Komitee zu prüfen, ob solche auch in Zukunft durchgeführt werden können und sollen. Im deutschen Zweig wurde in den letzten Jahren wiederholt über die Möglichkeit von Diensten in der DDR diskutiert, die Mitgliederversammlung hat jedoch bisher keine Beschlüsse gefaßt, welche als eine deutsche Konzeption anzusprechen wären. In dieser Stellungnahme kann daher nur versucht werden, eine solche anzudeuten. Es muß dann der nächsten deutschen Mitgliederversammlung am 21. / 22. März 1964 in Wiesbaden überlassen bleiben, hierzu Stellung zu nehmen.

Auf der Herbsttagung des deutschen Zweiges am 5. und 6. Oktober 1963 in Offenbach konnten zwar keine Beschlüsse gefaßt werden, es bot sich jedoch die Gelegenheit, in einem größeren Kreis über die Erfahrungen des vergangenen Sommers zu sprechen und sich Gedanken über die Fortführung der Arbeit in der DDR zu machen. Dabei waren wir uns in einem wesentlichen Punkt einig : daß es nämlich zu den grundsätzlichen Zielen des SCI und damit auch des deutschen Zweiges gehört, in Spannungsgebieten wie der DDR zu arbeiten.

Weniger einig sind sich die Mitglieder des deutschen Zweiges leider noch in Fragen der Durchführung eines solchen Dienstes und über die Zweckmäßigkeit einer Beteiligung des deutschen Zweiges. Unsere Dienste in der DDR sollten ohne Zweifel unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden, wie jeder andere SCI-Dienst auch. Eben diese üblichen Bedingungen können jedoch in der DDR zu Schwierigkeiten führen, deshalb seien hier einige Punkte erwähnt, die bei jedem anderen Dienst selbstverständlich sind.

Teilnehmer :

Nach unseren Vorstellungen darf der Kreis der Teilnehmer an einem Dienst in der DDR nicht eingeschränkt werden. Das heißt : jeder vom SCI gemeldete Freiwillige muß von östlicher Seite angenommen werden. Da Marianne Reiff aus Berlin in diesem Jahr kein Visum für den Dienst bei Potsdam erhielt, sollten unsere östlichen Verhandlungspartner schon frühzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch Freunde aus West-Berlin von einer Teilnahme an Diensten in der DDR nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Weiterhin sollte festgelegt werden, ob jeder Verhandlungspartner nur Freiwillige aus seinem Bereich benennen darf, oder ob keine solche Beschränkung besteht (also der Osten auch Freiwillige aus dem Westen und wir solche aus dem Osten anmelden dürfen).

Projekt :

Nach einem Beschluß der deutschen Mitgliederversammlung in Bochum am 3. / 4. März 1962 sollten nur SCI-Dienste in der DDR durchgeführt werden, wenn sie "mit und für die Bevölkerung" stattfinden. Dieser von Ralph Hegnauer formulierte Beschluß soll unsere Zustimmung zu Projekten zeigen, welche nicht nur im Interesse der Bevölkerung der DDR liegen, sondern auch vom einfachen Mann auf der Straße als solche erkannt werden. Gerade der Dienst in diesem Jahr scheint die Notwendigkeit einer sehr sorgfältigen Projektwahl zu bestätigen. Nicht wenige unserer Mitglieder befürchten eine ablehnende Haltung der Bevölkerung der DDR gegenüber unseren Lagerteilnehmern, wenn das Projekt als eine Unterstützung der Regierung der DDR oder ihrer Ziele ausgelegt werden kann. Ein Dienst in der DDR kann aber nur dann für den SCI von Interesse sein, wenn die Bevölkerung unsere Freiwilligen nicht als unerwünschte Helfer der SED, der FDJ oder ähnlicher ansieht.

Zweckmäßigkeit von einer deutschen Beteiligung an DDR-Diensten :

Wenn nach den bisher genannten Punkten ein Dienst in der DDR auch nach unserer Meinung zu befürworten ist, so kann dennoch der Fall eintreten, daß es für den deutschen Zweig ratsam ist, sich nicht an einem solchen zu beteiligen.

Aufgrund unserer Erfahrungen glauben wir nicht, daß die Teilnahme von deutschen Freiwilligen an einem Dienst in der DDR oder selbst offizielle Kontakte des deutschen Zweiges zu Organen der DDR zu einem Verbot des Zivildienstes in der Bundesrepublik führen werden. Es fragt sich aber, ob nicht eine zeitweilige Zurückstellung von solchen Kontakten und die Nichtteilnahme an solchen Diensten dem SCI zur Erreichung seiner Ziele mehr dienen kann.

Der deutsche Zweig beteiligt sich an einigen Programmen der deutschen Bundesregierung in Bonn, und zwar :

- 1) Wir bekommen seit Jahren für die Durchführung "internationaler Gemeinschaftsdienste" Gelder aus dem Bundesjugendplan (etwa DM 25.000,- pro Jahr);
- 2) Der Zivildienst ist in der Bundesrepublik als Trägerorganisation für den zivilen Ersatzdienst anerkannt und führt seit drei Jahren Dienste für anerkannte Wehrdienstverweigerer durch;
- 3) Der deutsche Zweig ist in der "Deutschen Entwicklungsdienst GmbH" vertreten und wir haben gute Aussichten, im Rahmen der Entwicklungshilfe wesentliche Zuschüsse für bestimmte Projekte zu bekommen, Freiwillige in Ausbildungskurse schicken zu können und nicht zuletzt zu verhindern, daß der deutsche Entwicklungsdienst eine rein staatliche Organisation wird (Die ersten Freiwilligen der "Entwicklungsdienst GmbH" werden wahrscheinlich am SCI-Dienst in Algerien teilnehmen)..

Unsere Teilnahme an diesen Programmen ermöglicht uns nicht nur die Durchführung des Ersatzdienstes und der normalen Dienste in der Bundesrepublik im bisherigen Umfang, sondern vor allem auch die Unterhaltung unseres Sekretariats in Hamburg. Damit bildet sie die Grundlage für unsere gesamte Tätigkeit – also auch für unsere Unterstützung der Arbeit im Nahen Osten, in Griechenland und vor allem in Algerien !

Der Vorstand des deutschen Zweiges hielt es daher für notwendig, die Zusammenarbeit mit Bonner Regierungsstellen nicht leichtfertig zu gefährden. Es scheint uns im Augenblick richtig zu sein, nach Wegen zu suchen, welche den bisherigen Tätigkeitsbereich des deutschen Zweiges nicht einschränken, uns aber – eventuell schrittweise – eine Beteiligung an der Arbeit in der DDR ermöglichen. Hierzu ist es notwendig herauszufinden, welche unserer Schritte in Bonn als eine "unfreundliche Handlung" angesehen werden könnten und zu einer Einschränkung oder zum Ende der bisherigen Zusammenarbeit führen müssen.

Selbstverständlich wird sich der deutsche Zweig in einer zwingenden Situation vorbehaltlos und offen zur Arbeit und zu den Zielen des SCI bekennen.

Aufgrund dieser Gedanken hat der Vorstand in Übereinstimmung mit Chris Hollaender und Roger Briottet im Juni diesen Jahres Bonn um eine Stellungnahme zur damals geplanten Entsendung von zwei "Beobachtern" nach Potsdam gebeten. Leider war die Antwort aus Bonn negativ. Unsere Anfrage und das Antwortschreiben sind diesem Berichtes beigelegt.

Entsprechend einer Empfehlung der Herbsttagung in Offenburg werden zwei Mitglieder des deutschen Vorstandes, Heinz-Gerhard Oelmann und Lutz Caspers, noch in diesem Monat nach Bonn fahren, um dort im persönlichen Gespräch die Lage zu erkunden. Vielleicht wird auf der IC-Sitzung schon über das Ergebnis dieser Reise berichtet werden können.

Aber auch ohne dieses zu kennen, kann gesagt werden, daß mit Sicherheit die FDJ als Verhandlungspartner des SCI das größte Hindernis für den deutschen Zweig ist. Eine "nicht-politische" Organisationen der DDR könnte daher die Position und die Verhandlungen des deutschen Zweiges außerordentlich erleichtern. Wir müssen daher erneut darum bitten, nur dann mit der FDJ zusammenzuarbeiten, wenn ohne sie eine Arbeit in der DDR mit Sicherheit nicht möglich ist. Weiterhin sollten wir versuchen, in Verhandlungen mit der Trägerorganisation in der DDR zu erreichen, daß in Berichten über den Dienst die Teilnehmer aus Westdeutschland und aus Westberlin nicht einzeln erwähnt oder herausgestellt werden. Eine solche propagandistische Auswertung unserer Beteiligung könnte nach Ansicht des Vorstandes ebenfalls unangenehme Folgen für den deutschen Zweig haben.

Wir wären dem Internationalen Komitee daher für eine Berücksichtigung der Situation des deutschen Zweiges bei den weiteren Verhandlungen und der Durchführung weiterer Dienste in der DDR dankbar. Ich bin sicher, daß nicht zuletzt die Mitglieder des deutschen Zweiges die derzeitigen Schwierigkeiten bedauern.

Göttingen, den 20. 10. 1963

Bertram Schröter